



Partei in Bewegung – Einschätzung des Bundesparteitags (Seite 3)



Das 2. Neumitgliedertreffen im Salzlandkreis (Seite 5)



Rote Laterne für die Roten (Seite 6)

DIE LINKE ZEITUNG

07/08/2018

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Landesparteitag in Benndorf

Das Land vom Kopf auf die Füße stellen



Rede des Landesvorsitzenden; Foto: privat

Mit dem eintägigen Landesparteitag am 23. Juni im Kulturhaus in Benndorf im Mansfelder Land hat die LINKE in Sachsen-Anhalt ein neues Format ausprobiert. Trotz anfänglicher Bedenken war die einhellige Meinung nach Abschluss der Tagung: Der Parteitag ist gelungen. Ziel war, die Mitglieder auf die im nächsten Jahr bevorstehenden Kommunalwahlen und die Europawahl einzustimmen und gleichzeitig der Öffentlichkeit zu signalisieren: Die LINKE geht aufs Land, an die Basis, sie befasst sich mit den Problemen, die die Menschen bewegen. Sie hört zu und bezieht die Akteurinnen und Akteure im ländlichen Raum in die Diskussion ein. Langatmige Reden wurden nicht gehalten, Leitanträge mussten nicht diskutiert und abgestimmt werden. Gremienwahlen standen auch nicht an. Stattdessen kamen in vier Dialogforen auf der Bühne unter Einbeziehung auch von Menschen, die nicht der Partei angehören, die Probleme in den Kommunen zur Sprache.

Eine Einstimmung gab zu Beginn Angelika Klein, LINKE-Landrätin im Landkreis Mansfeld-Südharz. Sie zeigte die Probleme auf, die sich nicht zuletzt aus dem Spannungsverhältnis zwischen Kommunal- und Landespolitik in Sachsen-Anhalt ergeben. Die Finanznot der Kommunen ist das übergeordnete Problem. Nicht zu überhören war aber auch ihre Warnung: „Viele Bürger haben das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren, und dazu zählen sie inzwischen auch die LINKE.“ Bei der Kommunalwahl nächstes Jahr würde ein weiterer Ruck in Richtung Rechtspopulismus drohen. In die gleiche Richtung hatte die Co-Kreisvorsitzende in Mansfeld-Südharz, Carola Kunde, in ihrer Begrüßung am Anfang gewarnt: „Wenn der ländliche Raum weiter vernachlässigt wird, gehen einige gesellschaftliche Rechnungen nicht mehr auf.“

Die vier Dialogforen, die, nur durch die Mittagspause unterbrochen, nacheinander auf der Bühne abliefen, standen unter den Überschriften „Bürger! Meister?“, „Gesundheitsvorsorge!

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Krank?“, „Land! Wirtschaft?“ und „Dorf! Leben?“. Dazu waren 14 Podiumsgäste geladen, darunter Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Geschäftsführer kommunaler Betriebe, ein praktizierender Arzt, Ehrenamtliche der Bernburger Kinderfeuerwehr und der Lützener Tafel. Auch die Delegierten kamen mit Anfragen und Meinungsäußerungen an den Saalmikrofonen zu Wort.

Astrid Meyer zum Beispiel, Krankenschwester und Betriebsrätin im AMEOS-Klinikum in Halberstadt, beklagte die massive Einsparung beim Pflegepersonal. Immer mehr Patienten müssten in immer kürzerer Zeit behandelt werden. Die Ursachen der Probleme wären die Bundesgesetzgebung, nach der Gesundheitsleistungen dem Marktprinzip unterworfen würden, die zunehmende Privatisierung und der Druck zur Generierung von Profiten bei den Konzernen. Dr. Rüdiger Buchheim aus Köthen, Allgemeinmediziner mit eigener Praxis, bestätigte: Privatpatienten werden bevorzugt

behandelt. Sie zahlen in bar, und die Leistungen für sie müssen nicht auf das von den Krankenkassen vorgegebene Budget angerechnet werden. Ein Gegenbeispiel ist die Sozialstation Hettstedt als kommunaler Eigenbetrieb. 126 Mitarbeiter kümmern sich um die Patienten und machen täglich rund 1000 Hausbesuche. Anders als bei AMEOS wird nach Tarif bezahlt. Dennoch gibt es keine Chancengleichheit zu den Privaten. Nach der geltenden Gesetzgebung darf der kommunale Betrieb nur im Territorium der eigenen Gemeinde tätig werden.

Andreas Höppner, LINKE-Landesvorsitzender und im Ehrenamt Bürgermeister einer kleinen Ortschaft in der Altmark, betonte in seiner Abschlussrede: „Wir wollen, dass die Menschen in den ländlichen Räumen genauso eine Perspektive haben wie die Menschen in den Metropolen und Ballungsräumen. Wer im ländlichen Raum, in Dörfern oder in Kleinstädten lebt, hat die gleichen Rechte wie die Bürgerinnen und Bürger in den größeren Städten. Das Land gehört endlich vom Wasserkopf

auf die Füße gestellt.“ Deshalb ist er der Ansicht, dass die Schwerpunkte der Parteiarbeit in der kommenden Zeit in der Entwicklung einer besseren Infrastruktur und der Entwicklung des ländlichen Raumes zu einem attraktiven Arbeits-, Lebens- und Wohnstandort liegen müssen.

Verwunderung gab es, als die Mandatsprüfungskommission in ihrem Bericht eine Anwesenheit der Delegierten und Ersatzdelegierten von nur 64 Prozent feststellte. Waren für manchen die Wege in die Provinz etwa zu weit? Von der Tagungsleitung wurden als Erklärung zeitgleich stattfindende Proteste gegen eine Veranstaltung der AfD in Burgscheidungen und einer der rechten „identitären Bewegung“ in Halle, aber auch das zentrale „Fest der LINKEN“ in Berlin angeführt. Die zwölf Gewählten aus dem Salzlandkreis waren zu 75 Prozent anwesend, zuzüglich vier Teilnehmer mit beratender Stimme. SLK war so mit einer starken Delegation vertreten.

Lothar Boese

Parteienfinanzierung - CDU, CSU und SPD haben den Schuss nicht gehört

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion

Rede im Deutschen Bundestag

Ich will versuchen, das Ganze hier mal einzuordnen. Wir haben im Pflegebereich zurzeit 40 000 Stellen, die nicht besetzt werden können - nicht, dass das nicht notwendig ist! -; 40 000 Stellen, die nicht besetzt werden können. Zu dieser Tendenz sagt Minister Spahn: Die wollen wir umdrehen. Das geht nicht von heute auf morgen.

Dann haben die Hälfte aller Befristungen keinen Sachgrund. Minister Heil - immerhin ist ein Minister hier; ich frage mich, wo alle übrigen sind - sagt: Die Hälfte der Befristungen ist ohne Sachgrund. Das muss aufhören. - Er, also Minister Heil, will das innerhalb eines Jahres anpacken.

Zu dem, was wir heute diskutieren - um das mal einzuordnen für die Menschen, die hier zuhören und das Ganze mitverfolgen -: Wenn Sie innerhalb von neun Tagen den Pflegegeldestlohn erhöhen würden und die sachgrundlosen Befristungen endlich abschaffen würden, dann könnte man anders über die Parteienfinanzierung diskutieren. So ist die Sachlage.

Sie kennen doch, hoffe ich, wohl die Zahlen. Gucken Sie sich Infratest an! Zwei Drittel der Menschen in diesem Land haben kein Vertrauen mehr oder sehr wenig Vertrauen in die Parteien. Bei Bundestagswahlen nehmen 25 Prozent der Leute erst gar nicht mehr teil; bei Landtags- und Kommunalwahlen sieht es noch katastrophaler aus. Das heißt, ein relevanter Teil der Menschen wendet sich ab von der Politik, von den Abläufen, wie sie hier stattfinden. Und dann erleben sie das, was sie heute erleben.

Wenn man das nicht mitkriegt, was da draußen vor sich geht, dann hat man, liebe Große Koalition, den Schuss nicht gehört nach der letzten Bundestagswahl. Ihr könnt doch so nicht weitermachen!

Vielleicht einen kleinen Insidertipp an die SPD. Sie wollen sich, liebe Genossinnen und Genossen, nach dem Ergebnis mit den 20 Prozent ja erneuern. Ich hätte einen guten Hinweis für Sie: Wenn Sie endlich wieder eine gute, vernünftige, sozialdemokratische Politik machen würden, dann würden Ihre Wahlergebnisse sich verbessern, und dann bekämen Sie mehr Geld aus der staatlichen Teilfinanzierung. Das wäre doch der viel bessere Weg, und er würde Ihnen und dem Land nutzen.

Ich glaube, in diesen Zeiten, wo es ein grundsätzliches Akzeptanzproblem für die parlamentarische Demokratie gibt, wo Demokratie, wo übrigens auch Anstand schwer unter Beschuss stehen, gerade in diesen Zeiten ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Bundestag in Gänze ein Zeichen setzt, dass man verstanden hat, was passiert ist, und dass man das Abwenden von weiten Teilen der Bevölkerung von dem Geschehen hier - das trifft alle hier gleichermaßen - ernst nimmt. Deswegen: Dieses Verfahren geht nicht; dazu ist alles gesagt worden. Auf der Agenda müsste eine große Reform der Parteienfinanzierung stehen. Dazu muss endlich ein Verbot der Unternehmensspenden an Parteien durchgesetzt werden. Politik darf nicht käuflich sein.

Das Zweite - das betrifft vor allem die CDU/CSU; seit Jahren diskutieren wir das hier -: Wir brauchen jetzt endlich ein Lobbyistenregister, damit die Bevölkerung gucken kann,

wer hier rumläuft und Einfluss nimmt. Das ist der zweite wesentliche Punkt.

Und da wir nicht nur kritisieren, sondern logischerweise auch konstruktive Vorschläge machen, will ich einen Vorschlag machen. Warum machen wir nicht Folgendes: Sie ziehen dieses Ding heute zurück - das nutzt Ihnen, das nutzt dem Ansehen des gesamten Bundestages -, und wir berufen einen runden Tisch ein - ich habe diesen Vorschlag gemacht -, unter dem Vorsitz des geschätzten ehemaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert, der viele gute Vorschläge in dieser Hinsicht gemacht hat, mit Transparenzorganisationen, Parlamentariern und vielen anderen mehr, und wir gehen eine grundlegende Reform der Parteienfinanzierung und eine große Parlamentsreform an. Das wäre das richtige Zeichen in diesen Zeiten, in denen die Demokratie in der Krise ist. Das wäre angemessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zum Schluss. Ich glaube, dass wir hier alle eine ziemlich große Verantwortung für die in Teilen schwer angeschlagene Demokratie haben, die bei aller Kritik das Beste ist, was wir in der Geschichte bis jetzt hatten. Dafür haben wir alle eine Verantwortung. CDU/CSU und SPD werden dieser Verantwortung heute in keinster Weise gerecht, in keinster Weise.

Eins will ich schon sagen: Dass Sie sich damit selber enorm schaden, das sieht man ja am betretenen Gucken. Aber das Hauptproblem ist: Sie beschädigen damit den Bundestag und die parlamentarische Demokratie insgesamt, die wir gerade in diesen Zeiten stärken und verteidigen müssen. In diesem Sinne: Wir lehnen ab.

Partei in Bewegung –

Einschätzung des Bundesparteitags

Janina Böttger, stellvertretende Landesvorsitzende DIE LINKE Sachsen-Anhalt

Der Bundesparteitag in Leipzig ist vorüber. Neben dem Leitantrag „Partei in Bewegung“, der Vorstellung der Pflegekampagne und dem Thema Migration stand die Wahl des neuen Parteivorstandes im Mittelpunkt des Parteitag. In einer doch sehr knappen Wahl setzte sich Jörg Schindler aus Sachsen-Anhalt als neuer Bundesgeschäftsführer gegen Frank Tempel aus Thüringen durch. Wir gratulieren Jörg herzlich und wünschen ihm viel Kraft und Erfolg für die anstehenden Aufgaben und Wahlen.

Leider war die Kandidatur von Kerstin Eisenreich, die vom Landesverband Sachsen-Anhalt und der BAG Kommunalpolitik unterstützt wurde, nicht erfolgreich. Wir danken Kerstin dennoch für ihre Kandidatur. Mit ihr hatten wir eine Vertreterin, die sowohl auf kommunaler als auch Landesebene engagiert für uns streitet. Umso schmerzlicher ist es, dass ihr kommunaler Sachverstand nun dem Parteivorstand verwehrt wird.

Wir danken aber gleichzeitig Dagmar Zoschke, die 8 Jahre im Parteivorstand für unseren Landesverband und die Kommunalpolitik engagiert und konstruktiv mitgewirkt hat.

Der Landesvorstand wird über die zukünftige Sicherstellung der Anbindung des Landesverbandes an den Parteivorstand beraten und eine Lösung vorschlagen.

Der Leitantrag „Partei in Bewegung“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. Das Wahlergebnis der beiden Vorsitzenden fiel dagegen verhalten aus. Auch bei den Wahlen zum erweiterten Parteivorstand und bei der Rede von Sahra Wagenknecht, die mit kritischen Nachfragen und einer



Partei- und Fraktionsführung in Leipzig; Foto: privat

begrenzten Debatte endete, wurde deutlich, dass die Delegierten ein dringendes Bedürfnis nach inhaltlicher Debatte und weg von Personaldebatten wünschten.

Wir können uns der Einschätzung des Landesverbandes Sachsen nur anschließen, in der Hoffnung dass dieser Parteitag ein reinigendes Gewitter war. Dass alle Führungspersonen ihrer Zusage in ihren Reden nachkommen und sich auf konstruktive und gewinnbringende Debatten konzentrieren werden. Wir erwarten daher auch, dass der Verfahrensvorschlag der Partei- und Fraktionsvorsitzenden eine gemeinsame Klausur zwischen Parteivorstand und Bundestagsfraktion und einer Fachkonferenz zum Thema Migrationspolitik zu veranstalten, zügig umgesetzt wird. Wir wollen aber auch darüber hinaus weiter mit den Genossinnen und Genossen vor Ort die Debatte führen. Die bisherigen stattgefundenen BO-Treffen zur Diskussion des Antrages des

Linksjugend in Sachsen-Anhalt und des Migrationskonzeptes sind ein guter Weg und sollen fortgeführt werden.

Uns ist natürlich bewusst, dass wir nicht nur auf diese Frage eine Antwort geben müssen. Momentan befinden wir uns mitten in den Vorbereitungen der Kommunal- und Europawahlen, aus denen wir gestärkt/stark herausgehen wollen. Regionalkonferenzen dazu haben bereits in den letzten Monaten stattgefunden und am Wochenende (23. Juni) freuen wir uns auf unseren Landesparteitag zum Thema ländliche Räume. Wir möchten ein Aufbruchssignal an die Kommunen und die ländlichen Räume senden und gleichzeitig den Akteurinnen und Akteuren vor Ort zuhören.

Wichtige Aufgaben stehen in nächster Zeit an, diese wollen wir tatkräftig und mutig angehen. Wir wollen zuhören, gestalten und zum Mitmachen einladen.

„DIE LINKE hat Rückenwind“ – 4 Fragen an Parteichef Bernd Riexinger

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender

Herzlichen Glückwunsch, du bist beim Leipziger Parteitag erneut zum Vorsitzenden von DIE LINKE gewählt worden. Was war für dich das Besondere dieser dreitägigen Zusammenkunft?

Trotz des Trubels bin ich mit dem Parteitag sehr zufrieden. Ich bin stolz darauf, wie viele Genossinnen und Genossen ans Mikrofon gegangen sind und tolle Reden gehalten haben. Man hat von Anfang an gespürt, dass DIE LINKE jünger geworden ist. Mit dieser Dynamik kann keine andere Partei konkurrieren. Es war spürbar, dass DIE LINKE im Aufbruch ist.

Welcher Moment des Parteitags hat dich am meisten bewegt?

Die von den Delegierten eingeforderte De-

batte am Ende des Parteitags. Letztlich haben sie erreicht, dass die Spitzen von Partei und Fraktion gemeinsam einen Verfahrensvorschlag für die weitere Diskussion unterbreiten mussten. Und sie haben deutlich gemacht, dass sich alle Führungskräfte an die demokratische Beschlüsse der Partei zu halten haben.

In der Außenwahrnehmung überwog der Streit um die Flüchtlingspolitik. Wie geht es diesbezüglich weiter?

Die Delegierten haben sich inhaltlich positioniert und gleichzeitig deutlich gemacht, dass inhaltliche Debatten in den dafür vorgesehenen Gremien der Partei geführt werden müssen, gemeinsam mit den Mitgliedern. Ge-

nauso stelle ich mir DIE LINKE vor.

Was sind nun die wichtigsten Aufgaben für DIE LINKE?

Wir setzen mit Macht unsere Kampagne gegen den Personalnotstand in Gesundheit und Pflege fort. Wir werden den Kampf gegen prekäre Arbeit zum Dauerthema machen und uns einsetzen für gute Arbeit und gute Löhne. Auch bei der zentralen sozialen Frage der Gegenwart, der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum, gehen wir in die Offensive. Mit Rückenwind werden wir klare Alternativen zur Politik der Großen Koalition aufzeigen.

#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

Enquete-Kommission zur Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt

Auf der vergangenen Landtagssitzung hatte die Fraktion DIE LINKE eine aktuelle Debatte zur Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt initiiert. Anlass waren erhebliche Engpässe bei der Notfallversorgung im Land. Sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum muss eine vollumfängliche medizinische Versorgung bzw. Notfallversorgung für die Menschen garantiert sein. Aufgrund der aktuellen Situation hält es die Fraktion DIE LINKE deshalb für dringend notwendig, eine Enquete-Kommission ins Leben zu rufen, die sich bis zum Ende der Legislaturperiode diesem wichtigen Thema widmet. Dabei soll es um eine umfassende Bestandsaufnahme zur Krankenhauslandschaft, Gesundheitsversorgung und Pflege in Sachsen-Anhalt gehen. Die Kommission soll insbesondere Handlungsempfehlungen und Strategien entwickeln, wie die Gesundheitsversorgung im Land künftig personell, sächlich, finanziell, flächendeckend, qualitativ hochwertig und nachhaltig realisiert werden kann.

Der Antrag soll zunächst im Sozialausschuss zu einer breiten Unterstützung geführt werden, da allein mit den Stimmen der Fraktion DIE LINKE keine zwingende Einsetzung der Kommission möglich ist. Doch auch die anderen Fraktionen haben Interesse, sich dieses Themas anzunehmen, sodass hier eine Mehrheit erreichbar ist.

Nachgefragt: Was macht eigentliche eine Enquete-Kommission?

In Vorbereitung von Entscheidung über umfangreiche oder bedeutsame Sachkomplexe kann der Landtag eine Enquete-Kommission einsetzen. Wird eine solche Kommission von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages beantragt, muss er dies tun. In der Arbeit der Enquete-Kommission wirken neben den Landtagsabgeordneten auch Sachverständige mit, die nicht Mitglieder des Landtages sind. Diese werden von den Fraktionen vorgeschlagen und vom Präsidenten des Landtages berufen.

Mehr Engagement des Bundes für Rentnerinnen und Rentner im Osten

Auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die soziale Einheit zwischen Ost und West im Rentenbereich noch nicht hergestellt. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE müssen die Ostrenten schneller als vom Bund vorgesehen angeglichen werden. Deshalb soll sich aus unserer Sicht die Landesregierung auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Angleichung der Ost-Renten bereits zum 1. Juli 2019, und nicht wie vom Bundeskabinett beschlossen, bis 2025 erfolgt. Dabei soll unter anderem der Bundesanteil bei den Erstattungen an die Rentenversicherung für die Ansprüche aus

den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR erhöht werden. Auf diese Weise werden die ostdeutschen Länder von diesen Kosten, für die sie keine Rücklagen bilden konnten, entlastet. Ein weiterer Punkt ist die Forderung nach einer gerechten Überleitung von DDR-Rentenanwartschaften.

Kleingärten in Not

Einen wichtigen Impuls um die Diskussion zur Zukunft des Kleingartenwesens hat die Fraktion DIE LINKE mit einer aktuellen Debatte gegeben. Anlass dafür sind Medienberichte und Erfahrungen vor Ort über die großen Sorgen der Kleingärtner*innen in Sachsen-Anhalt. Die Zahl der bewirtschafteten Kleingärten im Land ist von 114.000 auf 92.000 Parzellen gesunken. Inzwischen liegen somit 22.000 Gärten brach. Zugleich hat sich das verbandlich organisierte und strukturierte Kleingartenwesen in den vergangenen Jahren stark rückläufig entwickelt. Um das Kleingartenwesen zu sichern und zukunftsfest zu gestalten, müssen Ziele und Strategien aktualisiert und gegebenenfalls modifiziert werden. Dabei sind Vereine, Kommunen und die Landespolitik gleichermaßen gefordert. Immerhin hat die zuständige Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert einen Runden Tisch zum Thema zugesagt. Wir werden dranbleiben.

Pädagogischen Ansatz der Ganztagschulen sichern

Die Fraktion DIE LINKE ist davon überzeugt, dass Ganztagschulen die soziale Integration fördern, Lernmotivation fördern und nachweisbare positive Effekte hinsichtlich der Überwindung des „Sitzenbleibens“ hervorbringen. Um das zu erreichen sind insbesondere pädagogisch ausgebildetes Personal und ein auskömmliches Ganztagsbudget erforderlich. Deshalb soll aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ein zuletzt 2014 geänderter Rundschluss des Bildungsministeriums verändert und den aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Dabei ist unter anderem ein angemessenes Verhältnis zwischen Pädagogischen Mitarbeiter*innen und außerunterrichtlichem Angebot durch außerschulische Partner zu gewährleisten. Außerdem sind vereinfachte Antrags- und Abrechnungsmodalitäten für Ganztagschulen sicherzustellen, um den Mittelabfluss im Rahmen des vom Land zur Verfügung stehenden Ganztagsbudgets zu verbessern. Mit unserem Antrag wird sich nun der Ausschuss für Bildung und Kultur befassen.

Arbeitsgrundlage für Kommunalpolitiker*innen - Kommunalverfassungsgesetz überarbeitet

Die Landesregierung und die Fraktion DIE LINKE hatten im März 2018 jeweils einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunal-

rechtlicher Vorschriften eingebracht. Im Kern geht es darum, Bürgern den Zugang zu direkter Demokratie zu erleichtern und mehr Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die weiterreichenden Vorschläge für mehr Bürgerbeteiligung des Antrages der Fraktion DIE LINKE, durch die eine Stärkung der Interessenwahrnehmung möglich gewesen wäre, fanden jedoch im Parlament keine Mehrheit. Somit bleibt es bei geringfügigen Änderungen, die demnächst in Kraft treten und die Arbeitsgrundlage der im kommenden Jahr zu wählenden Kommunalpolitiker*innen sein werden.

Übrigens sollen die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt nach Ankündigung des Innenministers Stahlknecht zusammen mit den Europawahlen am 26. Mai 2019 stattfinden. Termin schon einmal vormerken!

In eigener Sache

Der Landtag tritt jetzt in seine Sommerpause. Deshalb gibt es den nächsten Newsticker dann erst Ende August. Ich wünsche allen eine erholsame Sommerzeit. Neuigkeiten aus der Fraktion und dem Landtag auch in der Sommerpause gibt's im Netz.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL)

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im April 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter kann man die Debatten verfolgen.

200 JAHRE MARX – ZITAT DES MONATS:



„Die soziale Macht, d. h. die vervielfachte Produktionskraft, erscheint den Individuen nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können.“

Das 2. Neumitgliedertreffen im Salzlandkreis

Elke Rehmann, Mitglied im Kreisvorstand

Nachdem das erste Neumitgliedertreffen im letzten Jahr aus der Sicht des Kreisvorstandes ein großer Erfolg war, gab es am 6. Juni in Bernburg eine Neuauflage. Im Bernburger Wahlkreisbüro von MdB Jan Korte und MdL Doreen Hildebrandt konnten die Mitglieder, die in den letzten 3 Jahren den Weg zu uns gefunden hatten, miteinander ins Gespräch zu kommen. Acht Genossen nutzten diese Chance. Als „Alte Hasen“ waren neben dem Kreisvorsitzenden Lothar Boese auch Jörg Lemmert und Elke Rehmann anwesend. Leider konnten zum Termin die anderen Mitglieder des Kreisvorstandes, die den Neulingen als Ansprechpartner in jeder Region dienen sollen, aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen, wurden aber zeitnah vom Ausgang des Gespräches von Lothar Boese informiert. Denn es ist wichtig, dass die neuen Mitglieder vom jeweiligen Ortsverband betreut werden und sich eingebunden fühlen. Von den anwesenden Neumitgliedern waren vier aus Bernburg, wobei ein Genosse aus Niedersachsen erst kürzlich zugezogen ist und sich bei uns einbringen möchte. Jeweils ein Mitglied kam aus Nienburg, Gnadau, Schönebeck und Westeregeln.

Der Abend begann mit der Begrüßung und einer kurzen Einführung vom „Hausheer“ Jörg Lemmert. Danach machte Lothar Boese zunächst zum allgemeinen Verständnis einige Ausführungen zu den regionalen Gegebenheiten des Salzlandkreises und Strukturen unserer Partei sowie zur aktuellen Mitglieder-



Neumitgliedertreffen in Bernburg; Foto: privat

entwicklung.

Jeder bekam dann die Möglichkeit sich vorzustellen, über seine persönlichen Beweggründe des Parteieintrittes und die damit verbundenen Wünsche und Hoffnungen, zu sprechen. Dabei stellte sich heraus, dass es durchaus verschiedene und facettenreiche Gründe gab. Björn Jethon aus Nienburg z. B. gab an, dass ihn der verstärkte Rechtsextremismus in Deutschland und die gleichbleibend negative Reaktion auf die Flüchtlinge zum Parteieintritt bewegten. Für John Ebeling wiederum war es die zunehmende Armut vieler Menschen in einem reichen Land wie Deutschland. Er könnte sich vorstellen, nach der Kommunalwahl im nächsten Jahr im Gemeinderat von Westeregeln politisch aktiv zu werden. Ebenso nannte

aber auch ein Genosse als Hauptgrund sich für DIE LINKE zu entscheiden, die jahrelange persönliche Erfahrung mit Hartz IV und prekärer Beschäftigung.

Nach dieser kleinen Diskussionsrunde wiesen Jörg Lemmert und Lothar Boese noch auf die vielzähligen politischen Veranstaltungen im Kreis hin, zu denen jeder herzlich willkommen ist. Wenn auch nicht jedes Mitglied die Zeit dazu hat, erklärten sich zum Abschluss alle Anwesenden bereit, zu den kommenden Wahlkämpfen ihren Beitrag zu leisten.

Das Neumitgliedertreffen war für alle Anwesenden eine Bereicherung und soll auch in Zukunft in dieser Form weitergeführt werden, um den Kontakt unter den Mitgliedern aufrecht zu erhalten und zu festigen.

LINKE setzt sich für stabile Krankenhausversorgung ein

Christian Jethon, Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Kreistag des Salzlandkreises

„Die Landkreise und kreisfreien Städte haben die Krankenhausversorgung der Bevölkerung als Aufgabe des eigenen Wirkungsbereiches nach Maßgabe des Krankenhausplanes sicherzustellen.“ So lautet der erste Satz des § 1 des Krankenhausgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Dass der Salzlandkreis also trotz des Verkaufs der kreiseigenen Kliniken an die AMEOS-Gruppe vor rund fünf Jahren weiterhin den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag zu erfüllen hat, schien selbst der Kreisverwaltung bis zum nunmehr seit Monaten schwelenden Streit um die massenhafte Abmeldung von Stationen (rund 200 Mal innerhalb der ersten drei Monate 2018!) bei AMEOSs und dem AWO-Krankenhaus Calbe, nicht bewusst zu sein. Das war jedenfalls der Eindruck, den Ralf-Peter Schmidt und ich bei einem Gespräch mit der zuständigen Dezernentin Reingard Stephan zur Problematik gewinnen mussten. So gab oder gibt es in der Verwaltung keine eigene Abteilung, die sich dauerhaft um die Sicherstellung der Krankenhausversorgung kümmert. Auch die

verschiedenen Schreiben, die Landrat Bauer seit November 2017 insbesondere an den AMEOS-Vorstand gerichtet hatte, wirken eher wie hilflose Versuche, eigene Versäumnisse zu kaschieren.

Trotzdem wäre es unfair, allein dem Landkreis die Schuld an der jetzt zugespitzten Situation zu geben. Denn auch der Landesgesetzgeber hat auf die Probleme, die sich aus der zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitswesens seit Beginn der 1990er Jahren für alle Beteiligten ergeben, nicht reagiert. So waren zahlreiche Kommunen im Land in den letzten Jahren gezwungen, ihre Kliniken meist an private Klinikbetreiber wie AMEOS oder Helios zu verkaufen, um nicht dauerhaft deren Defizite aus den eigenen Haushalten ausgleichen zu müssen.

Trotz dieses eindeutigen Trends ist das Krankenhausgesetz seit Jahrzehnten nahezu unverändert geblieben. Es fehlen darin zum einen klare Kriterien, anhand derer die Kommunen ermitteln können, ob die privaten bzw. freigemeinnützigen Betreiber die stationäre

Versorgung der Bevölkerung adäquat absichern, zum anderen Regelungen, wie die Städte und Landkreise mögliche Verstöße ahnden können.

DIE LINKE Kreistagsfraktion fordert daher zweierlei: Einerseits muss die Landesregierung das Krankenhausgesetz novellieren und den Kommunen endlich Werkzeuge in die Hand geben, um ihrem gesetzlichen Sicherstellungsauftrag nachkommen zu können. Andererseits ist der Landrat aufgerufen, in seiner Verwaltung die organisatorischen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, um diesen Auftrag sofort und zunächst auch ohne landesgesetzliche Vorgaben in eigener Verantwortung zu erfüllen.

Unter dieser Prämisse sind auch unsere eigenen Initiativen – wie bspw. meine Einladung des AMEOS-Regionalgeschäftsführers Robert Möller in den Gesundheits- und Sozialausschuss des Kreistages oder fachspezifische Treffen mit Vertretern unserer Landtagsfraktion – zu verstehen.

Rote Laterne für die Roten

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender in Bernburg

Eine lange LINKE Sporttradition wurde in den letzten beiden Jahren unterbrochen: Die Teilnahme am Kutterrudern der Amateurmansschaften beim Maritimen Club in Bernburg. Anfang Juni startete endlich wieder eine LINKE Mannschaft bei den Wettkämpfen auf der Saale, um wie gewohnt abzuschneiden: eher schlecht. „Dabei sein ist alles“, ist und bleibt aber das Motto bei der Veranstaltung und so gab es trotz des letzten Platzes in der Männerwertung auch dieses Mal keine langen Gesichter bei den 10 Teilnehmer*innen.

Gleich drei Mal wurde im Vorfeld trainiert, um die 750 Meter auf der Bernburger Saale möglichst schnell zu absolvieren. Jeder der schon mal dabei war weiß, dass der ca. eine Tonne schwere Kutter erstmal in Bewegung gebracht werden muss, und dass 10 Leute in einem Boot erstmal einen gemeinsamen Rhythmus finden müssen. Beides gelang und gelingt beim nächsten Mal bestimmt noch besser. Das LINKE Team war nämlich eher unerfahren und trat in dieser Konstellation zum ersten Mal an.



Das LINKE Kutterruderteam; Foto: privat

Ein großes Dankeschön jedenfalls an die vier Genoss*innen und an die sechs Sympathisant*innen aus Bernburg, die die Strapazen bei über 30 Grad am Renn- tag auf sich nahmen und immerhin noch mit einer Flasche Sekt und Kaffeetassen

vom Veranstalter belohnt wurden. DIE LINKE, wieder die einzige Partei unter den 38 Teams, wird auch im nächsten Jahr wieder dabei sein und den Schlachtruf „Enter auf!“ durch den Auwald der Saalestadt rufen.

DIE LINKE von Staßfurt war beim 38. Salzlandfest im Juni wieder dabei

Klaus Magenheimer, Orts- und Fraktionsvorsitzender

Der Ortsvorstand und die Stadtratsfraktion waren sich einig, auch in diesem Jahr sind wir an den beiden Tagen mit unterschiedlichen Aktionen im Zentrum von Staßfurt wieder dabei.

Auf der Grundlage eines präzisen Einsatzplanes sicherten Ortsvorstand und Stadtratsfraktion eine solche Standbetreuung ab, dass immer zwei und manchmal bis zu vier Betreuer*innen in Aktion waren.

In bewährter Weise wurden der Buchbasar, in Verantwortung von Alexander Behm, ein Quiz, vorbereitet von Siegfried Mahlfeld sowie das Glücksradrennen durchgeführt. Von weitem sichtbar unter dem neuen roten Pavillon, suchten die Standbetreuer*innen mit vielen Besucher*innen das politische Gespräch.

Im Mittelpunkt stand dabei der öffentliche Protest gegen die besorgniserregende Situation im Pflegebereich. Mit einem Plakat wurde auf unsere Forderungen aufmerksam gemacht. Von den Standbetreuer*innen wurden die Besucher*innen zur Unterschriftsleistung gebeten. Fast 90 Unterschriften kamen so zusammen. Es gab aber auch solche Bemerkungen, man könne doch nichts dagegen tun und auch Gleichgültigkeit zu diesem ernstesten Problem war zu vernehmen.



LINKER Stand beim Salzlandfest; Foto: privat

Auch Gespräche um den durchgeführten Bundesparteitag wurden geführt. Vielfach hörten wir Kommentare über das Auftreten und die unterschiedlichen Positionen der beiden Spitzenfrauen der Partei.

Das Glücksrad erwies sich wiederum als großer Besuchermagnet an unserem Stand. Von Beginn des Festes an wurde es von jung und alt meist kräftig in Bewegung gesetzt. So mancher wurde auch von seinen Eltern in die erforderliche

Höhe gehoben. Großer Renner bei den Gewinnen waren auch in diesem Jahr die Kugelschreiber.

Die große Resonanz auf unser Auftreten bestärkt uns im Willen, beim „Tag der Regionen“ am 23. September auf dem Bennekeschen Hof wieder dabei zu sein.

Ich möchte mich bei allen Akteurinnen und Akteuren für den zweitägigen Einsatz bei hochsommerlichen Temperaturen herzlich bedanken.

Mitgliederversammlung in Schönebeck mit wichtigem Thema

Christa Beier, Ortsvorsitzende Schönebeck

Am 26.06.2018 fand in Schönebeck eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsorganisationen Schönebeck, Calbe, Barby und Bördeland statt. Auf der Tagesordnung stand der Zusammenschluss der vier Ortsorganisationen zu einer gemeinsamen Ortsorganisation unter einem gemeinsamen Namen. Alle anwesenden Mitglieder gaben ihre Zustimmung zum Zusammenschluss. Genossin Christa Beier informierte über die weiteren Modalitäten zur Wirksamwerdung des Zusammenschlusses.

In der Diskussion ging es vor allem um aktuell-politische Fragen. MdL Eva

von Angern bedankte sich für die gute Aufnahme in Schönebeck und die vielfältigen Aktivitäten, die von der Fraktion und dem Stadtvorstand organisiert wurden und werden. Sie berichtete vom Bundesparteitag in Leipzig und dem Landesparteitag in Benndorf. Es gibt viele neue Ansätze, um in der Partei die aktuellen Fragen und Probleme zu diskutieren und neue Wege zu beschreiten. Dies bestätigten auch Sabine Dirlich und Christa Beier. In der nächsten Zeit steht die Vorbereitung der Kommunalwahlen und die Gewinnung von Kandidaten im Mittelpunkt.

1. Juni 2003 - SPD beschließt Hartz IV

*Hans Hedermann,
Ortsvorsitzender in Aschersleben*

Am 1. Juni vor genau 15 Jahren: Die SPD sagte JA zur Agenda 2010 und zu Hartz IV. Damit machte sie den Weg frei für Armut und Ausgrenzung per Gesetz. Man muss immer wieder daran erinnern, dass SPD und Grüne das „verbrochen“ haben. Aus diesem Anlass hatten die Genossinnen und Genossen der LINKEN, OV Aschersleben, vor dem Jobcenter Infomaterial verteilt, Gespräche geführt und Alternativen zu Hartz IV aufgezeigt.

Arbeit in der BO Bernburg-Mitte geht weiter

Dieter Jakscha, Mitglied im Ortsvorstand Bernburg



Neuer Vorstand der BO Bernburg-Mitte; Foto: privat

Bereits zur Ortsversammlung in Bernburg im Februar des Jahres kam in der Diskussion zur Sprache, die BO Mitte in Bernburg neu zu beleben. Unter Initiative der Mitglieder des Bernburger Ortsvorstandes, Eberhard Balzer und Dieter Jakscha, wurden alle Mitglieder der Basisorganisation Mitte zu einem Treffen in das Bernburger Wahlkreisbüro in der Kleinen Wilhelmstraße persönlich eingeladen. Warum nur sehr wenige Genossinnen und Genossen an der Versammlung teilnahmen, konnte

nicht festgestellt werden, da sich nur zwei Genoss*innen entschuldigten.

In Anwesenheit des Ortsvorsitzenden Jörg Lemmert wurde am 5. Juni ein neuer Vorstand der BO Bernburg Mitte gewählt, der aus dem Vorsitzenden Eberhard Balzer und den Vorstandsmitgliedern Siegrid Buchmann und Dieter Jakscha besteht. Der ehemaligen Vorsitzenden Petra Giest, die an der Versammlung leider nicht teilnahm, wurde für ihre bisherige Arbeit gedankt.

Eine Aufgabe des neu gewählten BO-Vorstandes soll es sein dafür zu sorgen, dass jedes Mitglied, sowie die registrierten Sympathisant*innen, regelmäßig DIE LINKE ZEITUNG erhalten. Ebenso will der Vorstand Einfluss auf die fristgerechte Bezahlung der Parteibeiträge nehmen.

Es wurde beschlossen, die Treffen der BO Bernburg Mitte vierteljährlich durchzuführen. Der Termin und das Thema der nächsten BO-Versammlung werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im Juli und August recht herzlich

Zum 96. Geburtstag
Anne-Christine Böhm
Helmut Sperling

Zum 93. Geburtstag
Marianne Brüning

Zum 91. Geburtstag
Horst Thöns

Zum 90. Geburtstag
Magdalena Sacher

Zum 89. Geburtstag
Erwin Kuhnert

Zum 88. Geburtstag
Heinz Koch

Zum 87. Geburtstag
Lisa Gunkel

Zum 86. Geburtstag
Herbert Eisfeld

Zum 82. Geburtstag
Brigitte Köpplin
Friedel Müller

Zum 81. Geburtstag
Peter Eishold

Zum 75. Geburtstag
Heinrich Bassüner

Zum 60. Geburtstag
Gudrun Klauß
Editha Strauß

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Juli und August Geburtstag haben



Gemeinsames Sommerfest DIE LINKE Salzlandkreis, MdL Doreen Hildebrandt und MdB Jan Korte

Alle Interessent*innen sind am **24.08.2018 ab 15 Uhr** vor dem Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b) wieder eingeladen, mitzufeiern. Auf dem Programm stehen u.a. Live-Musik vom Duo „Spirit Flow“, Ausstellungseröffnung mit Lars Petersohn, Kinderecke und Polit-Quiz. Auch für Speis und Trank ist natürlich wieder gesorgt.

Einladung zur Kreisversammlung

Am **13.10.** sind alle Genoss*innen des Kreisverbandes zur Kreisversammlung eingeladen. Wir kommen **ab 10 Uhr im Hotel „Zum Schwan“ in Nachterstedt** zusammen. Mehr Informationen in der nächsten LINKEN Zeitung.

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächsten Sitzung am **20.08.2018** um 18 Uhr im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94) durch.



Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am **22.08.2018 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 24. August 2018. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 29. Juni 2018.

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Richard Breitwieser



OV Aschersleben
Kreisvorstand

Sommertour von MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist am **21.8., 22.8., 24. 8 und 25.8. im Salzlandkreis** unterwegs. Mehr Informationen zu den Terminen auf www.dielinke-salzlandkreis.de.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Berichte von Mandatsträger*innen und Abgeordneten. Wir freuen uns über Beiträge aus allen Bereichen. Interessent*innen nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion (siehe unten).

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.



**Ihnen einen schönen Urlaub!
Der Kellnerin einen guten Lohn!** DIE LINKE.